

## Eine seltene politische Spezies

Autor(en): Kristin Kranenberg

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2014

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/39b9f5c4-01ef-4644-8509-1715a4438774>

### Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

# EINE SELTENE POLITISCHE SPEZIES

---

Politik wird in der Schweiz  
auf der Ebene der Kantone immer noch  
nebenamtlich gemacht – und nur  
mit wenigen Wirtschaftsvertretern.

---

Michel Rusterholtz ist Finanzdirektor des Logistik- und Umzugsunternehmens Keller Swiss Group und sitzt seit Februar 2013 für die SVP Basel-Stadt im Grossen Rat. Damit er seine Aufgaben als Kantonsparlamentarier mit gebührendem Engagement ausüben kann, durfte er sein Arbeitspensum in der Firma auf neunzig Prozent reduzieren. Ausserdem stellt Keller Swiss Group ihm pro Jahr zwölf Tage für die Politik zur Verfügung, damit er vor allem für die häufigen Sitzungen mehr Freiraum hat.

Der SVP-Delegierte darf sich somit ganz nach Schweizer Definition als Milizpolitiker bezeichnen, erfüllt er doch seine politische Arbeit nebenamtlich. Das Gleiche gilt für seine Kolleginnen und Kollegen im hundert Köpfe zählenden Grossen Rat. Man trifft sich am zweiten und dritten Mittwoch im Monat für die Plenarversammlung; daneben gibt es die Fraktionssitzungen, und die meisten Parlamentarier sind noch in der einen oder anderen Kommission aktiv. Die

Entschädigung beläuft sich gemäss den Angaben einiger Politiker bei einem durchschnittlichen Engagement auf rund zwanzigtausend Franken im Jahr.

Rusterholtz wurde 2013 nach seiner Wahl sofort Mitglied der Finanzkommission, eines der gewichtigsten Gremien im Basler Rathaus. Buchhalterische Kompetenzen sind gefragt, und wer in der Politik über solche Fähigkeiten verfüge, komme schnell zu verschiedenen Ämtern, bemerkt er. Aber der Finanzfachmann würde sich über zusätzliche Berufskollegen im Grossen Rat freuen. Sein Fazit: «Die Wirtschaft ist im Parlament untervertreten. Ich erachte das als grosses Problem.» So sei er im Basler Grossen Rat der einzige Vertreter der Logistik, nach der Pharmaindustrie immerhin die zweitwichtigste Branche in der Region.

Das sogenannte Register der Interessenbindungen des Basler Grossen Rats (Stand März 2014) bestätigt: Hier politisieren mehr Anwälte als klassische KMU-Vertreter, und

die Zahl der Lehrpersonen übersteigt die der Firmenangestellten. Damit soll nichts Schlechtes über die politische Arbeit von Anwältinnen und Lehrern gesagt sein. Aber die von vielen gestellte Anforderung, dass ein Milizparlament auch das berufliche Spektrum der Bevölkerung widerspiegeln solle, wird nicht erfüllt – in Basel ebenso wenig wie in anderen Kantonen. Die mangelnde parlamentarische Vertretung aus der Privatwirtschaft ist schweizweit ein Thema geworden, und Kommentatoren sehen das Milizsystem deshalb unter Druck oder sogar bedroht. «Ohne Wirtschaftsvertreter kommt der Politikbetrieb in den Gemeinden, Städten und Kantonen (...) zum Erliegen», schrieb schon 2012 die «Neue Zürcher Zeitung».

Nicht nur die Hektik am Arbeitsplatz steigt, auch die Ansprüche in der Politik. Die Themen und Sachverhalte gelten hier als zunehmend komplex, und das Stimmvolk erwartet von seinen Vertretern vermehrt ein professionelles Auftreten, auch den Medien gegenüber. Wer die Erwerbstätigkeit mit einem Amt in der Politik kombinieren will und vielleicht zu Hause noch eine Familie hat, braucht eine gehörige Portion politischer Leidenschaft. Zudem ist es von Vorteil, wenn man seine Arbeitszeit frei einteilen kann oder vom Arbeitgeber unterstützt wird. Nicht umsonst sind im Grossen Rat auffallend viele Selbstständige und Staatsangestellte aktiv – letztere werden in Basel-Stadt für die Aufgaben in einem politischen Amt zwanzig Tage im Jahr bei voller Bezahlung freigestellt.

Mit den Mühen des Milizsystems auf der Ebene des Nationalrats befasst sich auch die Wissenschaft. Eine vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützte Studie der Universität Bern (NF-Projekt «Parlamentarische Mitgliederfluktuation») sprach 2014 von einer «beträchtlichen» Fluktuation unter den Kantonsvertretern, was eher auf Zeitmangel als auf eine unzureichende Entschä-

digung zurückzuführen sei. «Wenn die Kantone weiterhin ein Milizsystem im Parlament wollen, sollten sie darauf achten, dass die zeitliche Belastung für die Kantonsräte erträglich bleibt», folgert die Studie. Andernfalls könne eine drohende Professionalisierung nicht ausgeschlossen werden.

Ob dies tatsächlich ein schlimmes Szenario wäre, darüber scheiden sich die Geister. Berichte über eine zunehmende Professionalisierung der Bundesparlamentarier in Bern sorgten in den vergangenen Jahren für Gesprächsstoff; Skeptiker sind der Ansicht, dass es Berufspolitikern an Volksnähe mangelt. Für den grünliberalen Basler Politiker Emmanuel Ullmann hingegen überwiegt ein Vorteil der Berufspolitik: «Man kann ihnen einen Einsatz abverlangen, der bei Hobbypolitikern nicht zu erwarten ist.» Die Folgen wären eine generell bessere Vorbereitung auf die Debatten und weniger Absenzen. «Damit würde die Glaubwürdigkeit der Politik gestärkt.»

Ullmann ist Geschäftsführer der Vorsorge-Stiftungen bei der UBS. Die Bank stellt ihn für die zwei Sitzungstage des Grossen Rats im Monat frei und bezahlt ihm diese Zeit aus. Längst nicht alle Unternehmen kommen laut Ullmann ihren Mitarbeitenden auf diese Weise bei einem politischen Engagement entgegen. «Ich kann das auch verstehen, denn man ist während voller zwei Tage nicht am Arbeitsplatz.» Ein Grund für die rückläufige Unterstützung liege vermutlich auch in der Internationalisierung der Wirtschaft; bei ausländischen Arbeitgebern dürfte weniger Verständnis für das Schweizer Milizsystem vorhanden sein.

Aber auch unter den Angestellten selbst nimmt das Interesse an einer nebenamtlichen Karriere in der Politik ab. «Für junge Leute, die beruflich vorwärtskommen wollen, ist das kein Karrieresprungbrett. Man macht lieber eine Weiterbildung», weiss Ullmann. Überdies spiele die Angst, sich als

Politiker negativ zu exponieren, oftmals eine Rolle. Ullmann plädiert deshalb für einen allmählichen Übergang zu einem Profiparlament. Allzu grosse Hoffnungen macht er sich allerdings nicht: «Ich stehe mit dieser Meinung ziemlich alleine da.»

Denn das Milizsystem gilt als fester Bestandteil des politischen Selbstverständnisses der Schweiz und wird durch einen breiten Konsens getragen, trotz der zunehmenden Probleme aller Parteien, politische Talente anzulocken. Ein Abschied vom Milizsystem käme einem «Paradigmenwechsel» gleich, bestätigt Ullmann. «Der Druck ist noch nicht hoch genug.» Vom oft erhobenen Einwand, ein Profiparlament sei finanziell nicht verkraftbar, zeigt er sich unbeeindruckt. In Basel könnte man statt mit der heutigen Hundertschaft von Grossräten auf Dauer mit vierzig Berufspolitikern auskommen, meint er. Und eine angemessene Bezahlung für diese Volksvertreter wäre aufzubringen – wenn man nur wollte.

Bis auf Weiteres werden im Basler Grossen Rat aber die Milizpolitiker das Sagen haben. Mit dabei ist seit Februar 2014 der FDP-Politiker Stephan Mumenthaler, Leiter Wirtschaftsfragen und Swiss Public Affairs bei Novartis. Nein, er sei dem Kantonsparlament nicht auf Wunsch seines Arbeitgebers beigetreten, sondern vom Parteipräsidenten der FDP Basel-Stadt dazu überredet worden. «Novartis schickt Mumenthaler in den Grossen Rat, um alles umzuwälzen? Das ist eine lächerliche Vorstellung. Ich bin dort nur einer von hundert.» Sein Arbeitgeber unterstütze aber grundsätzlich den Einsatz der Mitarbeitenden im Milizsystem.

Mumenthaler sieht sein politisches Engagement als «aufwendiges Hobby». Die Sitzungen am Mittwoch stellen für den Manager eine überschaubare Aufgabe dar, «sie kosten mich weniger Zeit, als ich gedacht habe». Dank der WLAN-Verbindung im Basler Rathaus könne er zwischendurch sogar die eine oder andere geschäftliche Mail be-

antworten. Zeitintensiver sei dagegen das weitere politische Handwerk: das Lobbying, die Vorbereitung von Vorstössen und Reden und natürlich die Kommissionsarbeit. Mumenthaler ist Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission, die sich unter anderem mit der Standortförderung, Arbeitswelt und Berufsbildung befasst.

Es sind Themen, die ihn auch bei seiner täglichen Arbeit beschäftigen. Als Politiker begegne er zum Teil den gleichen Personen aus Verwaltung und Wirtschaft wie in seiner Funktion bei Novartis, räumt er ein. Was nach einer effizienten Verknüpfung von persönlichen Netzwerken aussieht, stellt laut Mumenthaler aber eher ein potenzielles Problem dar. Denn Novartis habe als Unternehmen politisch neutral zu agieren. Wenn er seinen Arbeitgeber vertritt, möchte er deshalb nicht als FDP-Politiker wahrgenommen werden. «Aus beruflicher Sicht könnte mein politisches Engagement deshalb sogar ein Schuss ins Knie sein.»